

Nr. 19/70 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Bauen in Bremen – aber wann und wo?
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. Oktober 2015
(Drucksache [19/36 S](#))
2. Können ausreichend Wohnraum und Bauflächen in Bremen bereitgestellt werden?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 28. Oktober 2015
(Drucksache [19/38 S](#))
3. Musische Bildung und Erziehung in Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 10. November 2015
(Drucksache [19/42 S](#))
4. Einsatz von nicht bei der Senatorin für Kinder und Bildung angestelltem Personal an Schulen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 10. November 2015
(Drucksache [19/43 S](#))

Nr. 19/71 S

Fragestunde

1. Umgestaltung der Bürgermeister-Spitta-Allee
Anfrage der Abgeordneten Jens Eckhoff, Susanne Grobien, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. November 2015
2. Höherstöckige Bebauung in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. November 2015
3. Handy-Parken in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. November 2015
4. Einrichtung mal wieder ohne Leitung – wie geht es am Quartiersbildungszentrum Robinsbalje weiter?
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. November 2015
5. Anmeldung von neugeborenen Flüchtlingskindern im Standesamt
Anfrage der Abgeordneten Kabire Yildiz, Wilko Zicht, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. November 2015

6. Parken im und um das Neubaugebiet in Bremen-Brokhuchting
Anfrage der Abgeordneten Jens Eckhoff, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. November 2015
7. Neubau des Bürger- und Sozialzentrums (bus) in Huchting
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 1. Dezember 2015
8. Wie geht es weiter mit der Wohnanlage „Wohlers Eichen“?
Anfrage der Abgeordneten Andreas Kottisch, Jürgen Pohlmann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 2. Dezember 2015
9. Transparenz im „Autofreien StadTraum“
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 2. Dezember 2015

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 19/72 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Nr. 19/73 S

Verantwortung für Kliniken, Patienten und Personal übernehmen! – Sanierungskurs der kommunalen Kliniken enger begleiten

Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. November 2015
(Drucksache [19/46 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/74 S

Den kommunalen Klinikverbund zukunftsfest machen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. November 2015
(Drucksache [19/59 S](#))

Der Senat wird aufgefordert,

1. sicherzustellen, dass die GeNo bis zum Jahresende 2015 ein plausibles medizinstrategisches Konzept vorlegt, welches zu einer Konzentration von Fachabteilungen, Funktionsbereichen und Investitionen führt und in dessen Rahmen die Sicherstellung der hochwertigen medizinischen Versorgung und die wirtschaftlichen Effekte geprüft und dargelegt werden.
2. bis zum 31. Januar 2016 darzulegen, wie unter wirtschaftlichen Bedingungen insbesondere die Konzentration auf die Bereiche Psychiatrie, Geriatrie und neurologische Frührehabilitation am Klinikum Bremen-Ost stattfinden kann und welche Versorgungsangebote zu einer nachhaltigen und dauerhaften Verbesserung des Standortes und des Verbundes beitragen. Dabei ist sicherzustellen, dass das von der Bremischen Bürgerschaft beschlossene psychiatrische Zukunftskonzept umgesetzt wird.
3. sicherzustellen, dass die GeNo geeignete Maßnahmen zur Reduktion der Sachkosten ergreift.
4. sicherzustellen, dass die GeNo aufsetzend auf das medizinstrategische Konzept einen Investitionsplan für die GeNo erstellt und die notwendigen aus öffentlichen Haushalten zu erbringenden Investitionen in den Haushaltplanungen

dieser Legislaturperiode und in die mittelfristige Finanzplanung aufnimmt. Hierbei sind die Mittel des Strukturfonds des Bundes einzubeziehen.

5. eine Konzeption zu erstellen und darin darzulegen, wie er die bilanziellen Risiken der GeNo bzw. ihrer Tochterfirmen aus dem beabsichtigten Verkauf des Geländes „Hulsbergviertel“ gegenüber der derzeitigen Situation minimieren will.
6. mit den Geschäftsführern und den Betriebsräten der GeNo in Gespräche einzutreten, wie die Risiken aus den Pensionslasten ab 2019 minimiert werden können und darzustellen, wie er mit den Risiken umzugehen gedenkt.
7. der Stadtbürgerschaft bis Mitte 2016 über die Ergebnisse zu berichten.

Nr. 19/75 S

Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren wie geplant auf 68 Stellen ausbauen

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 23. November 2015

(Neufassung der Drucksache [19/52 S](#) vom 19. November 2015)

(Drucksache [19/54 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Kinder und Bildung.

Nr. 19/76 S

Ortsamtsleitung mit großer Mehrheit wählen und zukünftig auch abwählen können – Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 17. November 2015

(Drucksache [19/47 S](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 7. Dezember 2015

(Drucksache [19/74 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag auf Überweisung des Änderungsantrags an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte ab.

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Stadtbürgerschaft überweist das Ortsgesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte.

Nr. 19/77 S

Rechtsberatung für Stadtteilbeiräte gewährleisten – Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 17. November 2015

(Drucksache [19/48 S](#))

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 8. Dezember 2015**

(Drucksache [19/78 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag auf Überweisung des Änderungsantrags an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte ab.

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Stadtbürgerschaft überweist das Ortsgesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte.

Nr. 19/78 S

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 104 (mit Vorhabenplan 104) zum Vorhaben „Wohnbebauung Hohle Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Vegesack – auf dem Grundstück Hohle Straße 7a und 7b (Flurstück 73/44 der Flur VR 170)

Mitteilung des Senats vom 17. November 2015

(Drucksache [19/50 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 104 (mit Vorhabenplan 104).

Nr. 19/79 S

Bremer Binnendüne unter Landschaftsschutz stellen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 24. November 2015

(Drucksache [19/62 S](#))

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, das Areal der sogenannten Binnendüne in der Bremer Schweiz mit Ausnahme des Bereichs unmittelbar an der Straße „An der Landesgrenze“ unter Landschaftsschutz zu stellen.

Nr. 19/80 S

21. Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 24. November 2015

(Drucksache [19/64 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 19/81 S

Ortsgesetz zur Änderung des Bremischen Ortsgesetzes Werkstatt Bremen

Mitteilung des Senats vom 24. November 2015

(Drucksache [19/65 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 19/82 S

Kostenlose Verhütungsmittel für alle Transferleistungsempfängerinnen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 25. November 2015

(Drucksache [19/66 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf sicherzustellen, dass die Kosten für Verhütungsmittel von Frauen ab dem 21. Lebensjahr, die im Bezug von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe und im Bezug nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind, als freiwillige Leistung der Kommune übernommen werden.

Nr. 19/83 S

Ortsgesetz zur Änderung der Nutzungs- und Gebührenordnung für Übergangswohneinrichtungen der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 1. Dezember 2015
(Drucksache [19/68 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 19/84 S

Mit leeren Kassen keine Straßenbahnverlängerung

Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. Dezember 2015
(Drucksache [19/70 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/85 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 4 vom 4. Dezember 2015

(Drucksache [19/73 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 19/86 S

Demokratie in Bremen stärken – Ortsamtsleiter direkt von den Bürgern wählen lassen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. Dezember 2015
(Drucksache [19/71 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

